

Die politische Rechte und die Demokratie in Lateinamerika

Jonas Wolff

1. Einleitung¹

Nach Jahren, in denen schillernde Figuren der Linken – Venezuelas Hugo Chávez, Boliviens Evo Morales oder Brasiliens Lula da Silva – die politische Berichterstattung über Lateinamerika auch hierzulande bestimmten, hat sich das Blatt gewendet. Auch wenn Lula mittlerweile erneut im brasilianischen Präsidentenpalast sitzt und mit Gabriel Boric und Gustavo Petro linke Staatschefs Chile und Kolumbien regieren, so sorgen aktuell doch primär Figuren der politischen Rechten für nicht nur mediale Aufmerksamkeit: Javier Milei, der rechtslibertäre Präsident Argentiniens, der mit der nicht nur sprichwörtlichen Kettensäge an der Demontage des argentinischen Staates arbeitet; Jair Bolsonaro, der ehemalige brasilianische Staatsschef, dem aktuell der Prozess wegen versuchten Militärputschs gemacht wird; Nayib Bukele, der hippe Präsident El Salvadors, der mit umfassender Repression, Massenverhaftungen und Mega-Knästen einer repressiven Verbrechensbekämpfung der harten Hand (*mano dura*) regional zu neuer Attraktivität verholfen hat.

Die Namen Milei, Bolsonaro und Bukele verweisen auf den Aufschwung einer neuen, radikalen, zugleich aber durchaus diversen politischen Rechten in Lateinamerika. Und sie legen zugleich den Schluss nahe, dass dieser Aufschwung für die Demokratie in der Region nichts Gutes bedeutet. Aber ist das so? Erlebt Lateinamerika gegenwärtig einen regionalen Rechtsruck, gewissermaßen als Gegenbewegung zum vieldiskutierten Linksruck der frühen 2000er Jahre?² Und was genau sind die Folgen für die Demokratie? Diesen Fragen will ich in meinem Beitrag nachgehen und dabei zugleich

1 Dieser Beitrag stützt sich auf einen Vortrag bei den Hofgeismarer Lateinamerikagesprächen im Januar 2025. Ich bedanke mich bei den Teilnehmer:innen und insbesondere bei den Mit-Organisator:innen und Mit-Herausgeber:innen dieses Bands für wertvolle Rückfragen und Kommentare sowie bei Fenja Heinrichs für unterstützende Recherchen und Literaturlauswertungen.

2 Zum „Linksruck“ siehe exemplarisch: Cameron & Hershberg, 2010; Ellner, 2020; Silva & Rossi, 2018.

einen groben Überblick über die Strömungen und Charakteristika der gegenwärtigen politischen Rechten in Lateinamerika geben und Ursachen ihrer gegenwärtigen Stärke diskutieren. Zunächst und insbesondere ist es aber Ziel dieses Kapitels, für den vorliegenden Band zentrale begriffliche und theoretische Grundlagen zu schaffen. Entsprechend beschäftigt sich der folgende Abschnitt mit der Frage, was eigentlich „rechts“ (im Unterschied zu „links“) ist und was uns die Forschung zum Verhältnis der politischen Rechten zur Demokratie zu sagen hat (2.). Danach wende ich mich dem aktuellen Aufschwung der Rechten zu und vergleiche ihn mit dem vorherigen „Linksruck“ (3.) In Abschnitt 4 folgen Überlegungen zur Agenda der gegenwärtigen politischen Rechten und den Ursachen ihres Aufschwungs, bevor ich mich in den Schlussfolgerungen erneut den Implikationen für die Demokratie zuwende.

2. Theoretisch-konzeptionelle Grundlagen

2.1 Was ist „rechts“?

Immer wieder totgesagt, ist die Eingruppierung auf dem Rechts-Links-Spektrum bis heute zentral zur Charakterisierung und Einordnung politischer Kräfte. Gleichzeitig finden sich sowohl auf der Linken als auch auf der Rechten regelmäßig äußerst unterschiedliche Akteure und Agenden. Um in die komplexe Kartographie politischer Strömungen eine analytisch einigermaßen klare Schneise zu schneiden, hat sich Norberto Bobbios Definition etabliert, die auch ich hier verwenden möchte. Demnach lässt sich Rechts und Links anhand der Haltung zur Frage der (Un-)Gleichheit unterscheiden: Während Linke Ungleichheit als primär gesellschaftlich produziert ansehen und auf ihren Abbau im Namen der natürlichen Gleichheit aller Menschen zielen, betonen Rechte das Natürliche (und Legitime) an der Ungleichheit und lehnen eine Politik der sozialen Gleichmacherei ab (Bobbio, 1994, S. 76-83; siehe auch Luna & Rovira Kaltwasser, 2014b, S. 3-4). Anders formuliert: Politisch rechte Kräfte zielen auf die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung als traditional oder natürlich wahrgenommener gesellschaftlicher Privilegien und Hierarchien – ob gemäß Klasse, Geschlecht oder ethnisch-religiöser Zuschreibung (Bar-On & Molas, 2022, S 6; Cannon, 2016, S. 4; Mayka & Smith, 2021, S. 3).

Die Frage der Ungleichheit kann sich grundsätzlich auf unterschiedlichste Dimensionen beziehen, die wie die Debatten zur Intersektionalität hinreichend gezeigt haben,³ interagieren und sich wechselseitig tendenziell verstärken. Für die Unterscheidung in Rechts und Links sind dabei herkömmlich zwei Dimensionen von besonderer Bedeutung. Wirtschaftspolitisch geht es erstens um die Dimension sozioökonomischer (Un-)Gleichheit und zugespitzt um die Frage, ob es die Aufgaben des Staates ist, mit dem Ziel sozioökonomischer Umverteilung aktiv in das Wirtschaftsgeschehen (*den Markt*) einzugreifen (Links) oder nicht (Rechts). Zweitens geht es um soziokulturelle (Un-)Gleichheiten. Während Konservative (Rechts) hergebrachte soziokulturelle Werte und die durch sie implizierten (Status-)Unterschiede verteidigen, fordern liberale bzw. progressive Positionen (Links) den Abbau von soziokulturell bestimmter Diskriminierung bzw. die soziokulturelle Anerkennung und Repräsentation benachteiligter Gruppen.

Auf dieser Basis lassen sich nun verschiedene rechte Ideologien identifizieren (vgl. Bowen, 2011). Zum einen können die beiden genannten Dimensionen unterschiedlich kombiniert werden, so dass sich – idealtypisch – eine gesellschaftspolitisch konservative und wirtschaftspolitisch marktorientierte, eine konservative, aber staatsorientierte und eine marktorientierte, aber gesellschaftspolitisch liberale Rechte unterscheiden lassen. Zudem lassen sich rechte Ideologien mit weiteren ideologischen Differenzen verbinden, die nach Bobbio nicht zum definitorischen Kern gehören. So unterscheidet Bobbio selbst mit Blick auf die Haltung zur Demokratie zwischen einer freiheitlichen und einer autoritären Rechten (Bobbio, 1984, S. 84-85) – darauf komme ich noch ausführlich zurück. Eine andere, für Lateinamerika wichtige Frage bezieht sich auf die Haltung zur Religion bzw. zur Kirche; hier lässt sich zwischen einer religiösen und einer säkularen Rechten unterscheiden (vgl. Coppedge, 1997).

Die ideologische Positionierung rechter Kräfte ist dabei zugleich verknüpft mit einer Frage, die soziologische Analysen der Rechten betonen: die nach der sozialen Basis. Für Edward Gibson etwa sind rechte (bei ihm: konservative) Parteien dadurch definiert, dass ihre „core constituencies“ den oberen Schichten der Gesellschaft entstammen (Gibson, 1996, xiii; siehe auch Middlebrook, 2000). Rechte Kräfte unterscheiden sich demnach

3 Der Begriff der Intersektionalität wurde von Kimberlé Crenshaw (1989) in die Debatte eingebracht und bezeichnet die sich wechselseitig verstärkende Gleichzeitigkeit von Diskriminierungen entlang unterschiedlicher sozialer Unterscheidungen, bei Crenshaw etwa die doppelte Diskriminierung Schwarzer Frauen gemäß *Race* und *Gender*.

insbesondere darin, welche gesellschaftlichen, ökonomischen, kirchlichen und/oder militärischen Eliten eines Landes zu dieser „core constituency“ zählen, d.h. die politische Agenda bestimmen und die zentralen Ressourcen bereitstellen. Das heißt aber nicht, dass rechte Parteien reine Eliteparteien sind. Gerade unter den Bedingungen repräsentativer Demokratie sind auch Parteien, deren Agenda im Kern privilegierten Minderheiten dient, darauf angewiesen, andere gesellschaftliche Schichten anzubinden und breitere Wählerschaften anzusprechen (Roberts, 2014) – und sie sind dabei nicht zuletzt deshalb regelmäßig erfolgreich, da auch „normale Menschen“ tendenziell konservativ und status-quo-orientiert eingestellt sind (Jost et al., 2003).

Während sich vergleichende Studien zur politischen Rechten in Lateinamerika wie die von Gibson (1996) und Middlebrook (2000) auf Parteien fokussieren, betont die jüngere Forschung, dass diese nur *ein* Vehikel sind, über das rechte Kräfte Einfluss auf Gesellschaft und Politik ausüben. Hinzu kommen rechte Interessen- oder Machtgruppen (Wirtschaftsverbände, Militär, Kirche), Think Tanks, soziale Organisationen oder Bewegungen, bewaffnete Gruppen sowie transnationale Netzwerke (vgl. Cannon, 2016; Crabtree et al., 2023; Luna & Rovira Kaltwasser, 2014a; Payne, 2000). Mit Blick auf die aktuellen rechten Tendenzen in Lateinamerika analysiert ein Sonderheft der Zeitschrift *Latin American Politics and Society* die Bedeutung einer „Grassroots Right“, eines diversen Sets an „citizens, civil society associations, and religious groups engaged in activism to support right-wing issues“ (Mayka & Smith, 2021, S. 1).

2.2 Die Rechte und die Demokratie

Definiert man die Rechte über ihre Haltung zur (Un-)Gleichheit, ist sie nicht per se un- oder antidemokratisch (ebenso wie die Linke nicht per se demokratisch ist). Die Bobbio'sche Unterscheidung zwischen einer demokratischen und undemokratischen Rechten ist insofern zentral. Allerdings verweist die empirische Forschung – nicht zuletzt zu Lateinamerika – darauf, dass diese Dichotomie allzu undifferenziert ist. Neben einer häufig konventionell genannten demokratischen Rechten und einer extremen oder radikalen Rechte, die sich explizit gegen die Demokratie positioniert (Rovira Kaltwasser 2024), spielt gerade in der aktuellen Debatte auch eine „illiberale“ bzw. „populistische“ Rechte eine wichtige Rolle, die durchaus im Namen der Demokratie agiert, aber insbesondere wichtige liberale Elemen-

te der repräsentativen Demokratie in Frage stellt (vgl. Cannon, 2016; Luna & Rovira Kaltwasser, 2014a).

Auch im Fall der konventionellen oder demokratischen Rechten bleibt das Verhältnis zur Demokratie aber notwendigerweise ambivalent. Das liegt an der intrinsischen Spannung zwischen dem Gleichheitsversprechen und -anspruch der Demokratie und dem Beharren auf natürlichen bzw. legitimen und gesellschaftlich zu akzeptierenden Ungleichheiten, das die politische Rechte auszeichnet. Diese Spannung wird manifest, wenn sich die (rechte) Verteidigung der Interessen und Werte privilegierter gesellschaftlicher Gruppen gegen demokratische Mehrheiten richtet, die auf Umverteilung zielen. Sie ist aber grundsätzlich unauflöslich. Versteht man die liberale Demokratie als Hybrid, das versucht, Gleichheits- und Freiheitsversprechen zu vereinbaren, und unterscheidet in diesem Sinne eine liberale und eine demokratische Dimension liberaler Demokratie, ließe sich sagen, dass rechte Positionen mit Blick auf Bobbios Freiheitsideal per se sowohl liberal als auch autoritär sein können, mit Blick auf das Gleichheitsideal aber stets in einem fundamentalen Sinne undemokratisch sind. Mit einer stringent rechten Position sind demokratische Grundprinzipien nur so lange vereinbar, wie sie funktional im Sinne einer liberalen Freiheitsagenda erscheinen.

Unter den Bedingungen Lateinamerikas spitzt sich diese Ambivalenz aufgrund der massiven sozialen Ungleichheiten in besonderer Weise zu (Burchardt, 2010; Wolff, 2008). In den hochgradig stratifizierten Gesellschaften der Region sind die „core constituencies“ der politischen Rechten besonders privilegiert und minoritär,⁴ weshalb die Demokratie für die lateinamerikanische Rechte ein strukturell besonders schwieriges Terrain bildet (Luna & Rovira Kaltwasser, 2014b, S. 9-12; Roberts, 2014). Dies hat, so dokumentiert die empirische Demokratieforschung, wiederum ambivalente Folgen. Zum einen zeigen sich rechte Kräfte als zentrale Gefahr für die Demokratie. Dies zeigt die Geschichte rechter Putsche in Lateinamerika (wie etwa der Militärputsch Pinochets gegen die demokratisch gewählte Allende-Regierung in Chile 1973), aber auch jüngere Erfahrungen offen antidemokratischer rechter Strategien gegen allzu „bedrohliche“ demokratisch gewählte Regierungen (Lievesley & Ludlam, 2011, S. 3; Middlebrook, 2000, S. 1; Romero 1970, S. 8). Zum anderen gilt – letztlich aus dem gleichen Grund – die Existenz starker rechter Parteien als zentrale Stabilitätsbedin-

4 Nach Luna und Rovira Kaltwasser umfasst die „natural constituency“ der Rechten in Lateinamerika maximal 20-30 Prozent der Bevölkerung (2014b, S. 13).

gung der Demokratie. Wie Rueschemeyer et al. in ihrer historisch-komparativen Studie zum komplexen Verhältnis von kapitalistischer Entwicklung und Demokratie mit Blick auf Lateinamerika schlussfolgern, konnte die Demokratie in der Region nur dort konsolidiert werden, „wo Eliteinteressen entweder durch den direkten Einfluss von Elitegruppen auf den Staatsapparat oder durch elektoral starke politische Parteien effektiv geschützt wurden“ (Rueschemeyer et al., 1992, S. 156). Nur wenn rechte Parteien hinreichend einflussreich sind, so O'Donnell und Schmitter einige Jahre zuvor in ihrem Klassiker zu den demokratischen Transitionen der 1980er Jahre, lässt sich verhindern, dass die sie tragenden gesellschaftlichen Gruppen auf „antidemokratische Verschwörung und Destabilisierung“ setzen (O'Donnell & Schmitter, 1986, S. 61-62). Die demokratietheoretische Konsequenz ist, dass es just die systematische Einhegung des Gleichheitsversprechens der Demokratie – und mithin die Begrenzung von Demokratie selbst – ist, die ihr Überleben in Lateinamerika ermöglicht (Wolff, 2008, S. 116-120).

3. Der aktuelle Aufschwung der Rechten im historischen Kontext

3.1 Vom „Linksruck“ zum „Rechtsruck“?

In den frühen 2000er Jahren bestimmte der lateinamerikanische „Linksruck“ die Debatte: die Wahl mehr oder minder linker Regierungen in zahlreichen Ländern der Region, die mit dem Versprechen grundlegender Veränderungen in Richtung von mehr Demokratie und weniger sozialer Ungleichheit an die Macht kamen und in Folge durchaus relevante, aber deutlich widersprüchlichere Transformationsprozesse einleiteten (vgl. Cameron & Hershberg, 2010; Ellner, 2020; Silva & Rossi, 2018; Weyland et al., 2010). Frühzeitig hatten in diesem Kontext Studien darauf verwiesen, dass rechte Kräfte in Lateinamerika weiterhin eine relevante Größe blieben, und zwar nicht nur in Ländern wie Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru, die (zunächst) vom „Linksruck“ unberührt blieben, sondern auch dort, wo sie sich im Parlament, auf subnationaler Ebene oder außerhalb der staatlichen Institutionen gegen politisch dominante Linksregierungen positionierten (Cannon, 2016; Dominguez et al., 2011; Luna & Rovira Kaltwasser, 2014a).

Mittlerweile aber steht der Aufschwung der (extremen) Rechten im Zentrum der Debatte.⁵

Vergleicht man den vorherigen „Linksruck“ und den aktuellen, vorgeblichen „Rechtsruck“, zeigen sich einige wichtige Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede. So ist der „Rechtsruck“ auf Regierungsebene weniger klar als der „Linksruck“ der frühen 2000er Jahre, der tatsächlich das Gros der Länder Lateinamerikas erfasste. So lösten seit der zweiten Hälfte der 2010er Jahre zwar in einer ganzen Reihe von Ländern rechte Staatschefs linke Vorgängerregierungen ab, so etwa in Argentinien (Mauricio Macri, 2015), Ecuador (Guillermo Lasso, 2017), Brasilien (Jair Bolsonaro, 2018), Bolivien (Jeanine Áñez, 2019) und Uruguay (Luis Lacalle Pou, 2019). Allerdings setzten sich just in Ländern, die bisher nicht (oder nur partiell) Teil des Linksrucks gewesen waren, bei Wahlen teils dezidiert, teils moderat linke Kandidaten durch, so etwa in Mexiko (Andrés Manuel López Obrador, 2018), Chile (Gabriel Boric, 2021), Honduras (Xiomara Castro, 2021), Peru (Pedro Castillo, 2021) und Kolumbien (Gustavo Petro, 2022). Während eine ganze Reihe der Linksregierungen der frühen 2000er Jahre zudem über mehrere Legislaturperioden an der Macht blieben, gelang dies den neueren rechten Regierungen bisher kaum. Das dominante politische Muster der letzten Jahre verweist eher auf eine Pendelbewegung zwischen linken und rechten Regierungen als auf einen gerichteten Trend.

Weitet man den Blick allerdings vom engen Fokus auf Regierungen auf gesellschaftliche Dynamiken, deutet die Forschung sehr wohl auf eine klare Tendenz des Aufschwungs rechter Kräfte hin. Dies zeigt sich zum einen in einem breiten und durchaus heterogenen Spektrum sozialer Bewegungen, Proteste und Bürgerinitiativen mit dezidiert rechtem Profil, die sich etwa gegen die Liberalisierung geschlechts- und sexualitätsbezogener Normen („Gender-Ideologie“) richten (Mayka & Smith, 2021, S. 4-5). Zum anderen – und partiell damit verknüpft – lässt sich quer durch die Region ein Aufstieg radikal rechter Personen und politischer Bewegungen beobachten, der sich insbesondere gegen linke Regierungen richtet. Am Beispiel der temporär äußerst erfolgreichen Mobilisierung der Rechten gegen die Regierung von Evo Morales (2016-2019) zeichnet Luciana Jáuregui (2024) nach, wie sich beide Dynamiken – gesellschaftliche Mobilisierung „von unten“ und Radikalisierung der politischen Rechten – artikulieren.

5 Vgl. Aria & Burt, 2024; Bohoslavsky & Broquetas, 2024; Borges et al., 2024; Cannon & Rangel, 2020a; Nueva Sociedad, 2024; Payne et al., 2023; Sociología y Política HOY, 2024.

Auch auf gesellschaftlicher Ebene weisen die regionalen Dynamiken aber weniger auf eine generelle Rechtsverschiebung hin als auf einen Trend politischer Polarisierung. So zeigen Meinungsumfragen, bei denen sich Menschen auf einer Skala von 1 (links) bis 10 (rechts) selbst einstufen, seit 2010 einen klaren Anstieg des Anteils „extrem rechter“ Personen (Werte 9-10): von knapp 14 Prozent (2010) auf um die 17 Prozent (zwischen 2014 und 2018/2019). Der Anteil „extrem linker“ Personen (Werte 1-2) liegt allerdings noch ein bisschen höher, was zudem einen deutlich stärkeren Anstieg bedeutet, da dieser Anteil zuvor (2006-2010) unter dem der extremen Rechten lag. Was sich in der Summe zeigt, ist mithin ein Trend der Polarisierung zu Lasten moderater Positionen, die sich in der Mitte des Spektrums verorten (Moncagatta & Silva, 2024, S. 34-35).

In der Diskussion über den lateinamerikanischen „Linksruck“ hatte Jorge Castañeda (2006) so prominent wie umstritten zwischen zwei Linken unterschieden: einer moderaten, reformistischen Linken (um Brasiliens Lula und Chiles Michelle Bachelet) und einer radikalen, populistischen Linken (um Venezuelas Chávez und Boliviens Morales). Sehr ähnlich unterscheiden aktuelle Beiträge zum Aufschwung der Rechten in Lateinamerika zwischen einer konventionellen und einer extremen Rechten (z.B. Rovira Kaltwasser 2024). Wie die Unterscheidung der zwei Linken ist auch diese *prima facie* plausibel, positionieren sich die Gesichter und Kräfte der aktuellen lateinamerikanischen Rechten doch sehr unterschiedlich zu den etablierten demokratischen Normen und Institutionen, kontrastierte die rechte Reformagenda eines Mauricio Macri in Argentinien oder eines Guillermo Lasso in Ecuador spürbar mit der explizit disruptiven Programmatik von Bolsonaro, Bukele oder Milei. Wie Beobachter:innen schon mit Blick auf den Linksruck hingewiesen haben, verschleiert eine allzu dichotome Sichtweise aber zugleich die interne Heterogenität der beiden „Lager“ sowie die Gemeinsamkeiten und fließenden Übergänge zwischen beiden. So unterscheiden sich der Ex-Militär Bolsonaro und der selbsterklärte Anarchokapitalist Milei in Programmatik wie tatsächlicher Politik deutlich, während Macris PRO-Partei offensichtlich hinreichend Gemeinsamkeiten mit Milei für eine faktische Koalition sah und sich Ecuadors aktueller Präsident Daniel Noboa – ansonsten klar ein Vertreter der konventionellen Rechten – explizit auf Bukele als Vorbild der eigenen Sicherheitspolitik bezieht.

Bei all dem ist schließlich auf einen gewichtigen Unterschied zwischen Links- und Rechtsruck zu verweisen: Der aktuelle Rechtsruck mag sehr viel weniger ein klarer regionaler Trend sein als es der Linksruck vor zwei

Jahrzehnten war. Er ist aber eingebettet in einen globalen Aufschwung radikaler rechter Kräfte, insbesondere und von unmittelbarer Bedeutung für Lateinamerika in den USA, aber auch quer durch Europa und darüber hinaus. Entsprechend betont die Forschung die Bedeutung transnationaler Netzwerke der (radikalen) Rechten, die lateinamerikanische Kräfte untereinander sowie mit US-amerikanischen Konservativen (v.a. des Trump-Lagers) und europäischen Akteuren (insbesondere Vox aus Spanien) verbinden (vgl. Giménez, 2024; Herrán-Ávila, 2023; Forti, 2024; Sanahuja & López, 2024; siehe auch den Beitrag von Andrea Dip, Ulli Jentsch und Ute Löhning in diesem Band).

3.2 Rechte Traditionen und Strömungen in Lateinamerika

Für einen differenzierten Blick auf die gegenwärtige Rechte, der über dichotome Unterscheidungen hinausgeht, ist es hilfreich, die unterschiedlichen Traditionen und Strömungen der politischen Rechten in Lateinamerika und ihre *legacies* zu betrachten.⁶ Die erste, gewissermaßen traditionale Rechte in der Region geht auf die kolonialen und post-kolonialen ländlichen Eliten zurück (Romero, 1970). Bis heute spielen entsprechende soziale Kräfte eine wichtige Rolle, aber das kolonial und entsprechend rassistisch geprägte Denken hat auch über diese hinaus eine zentrale Bedeutung für die diskursive Artikulation rechter Kräfte (vgl. z.B. Jáuregui, 2024). Ebenfalls auf die koloniale Epoche und ihre vielfältigen Hinterlassenschaften zurück gehen zweitens die religiösen – bzw. kirchlichen – Eliten (Middlebrook, 2020). Traditionell spielt vor allem der katholische Klerus eine wichtige Rolle als Stütze und Vertretung sowie Legitimationsinstanz der politischen Rechten.⁷ Mit Blick insbesondere auf die radikaleren Akteure und Strömungen der aktuellen Rechten sind dabei aber insbesondere auch evangelikale Kirchen und ihre Vertreter von zentraler Bedeutung, etwa in Brasilien (Escoffier et al., 2023, S.17, 21). Generell bilden die christliche Religion und ein christlich geprägtes, konservatives Gesellschaftsbild bis heute ein zentrales Element rechter Diskurse (siehe 4.1).

6 Siehe hierzu Romero (1970), Middlebrook (2000) und Powers (2000) sowie zusammenfassend Luna & Rovira Kaltwasser (2014b) und Pereira (2024).

7 Zugleich spielte die katholische Kirche – und spielten insbesondere befreiungstheologisch informierte Strömungen und konkret katholische Basisorganisationen – historisch eine mitunter wichtige Rolle als Allianzpartner und Mobilisierungsstrukturen für marginalisierte Gruppen und politisch linke Bewegungen.

Eine dritte Tradition und Strömung der lateinamerikanischen Rechten sind die liberalen, auf Exportlandwirtschaft und Bankenwesen gestützten Wirtschaftseliten. Historisch agierten diese als Gegenpol zur traditionellen, rural-oligarchischen und katholisch-klerikalen Rechten, und ihre Zuordnung zur Rechten war entsprechend lange umstritten. Über das 20. Jahrhundert wurden sie allerdings klar von zumindest partiell progressiven Kräften, die auf den Abbau traditioneller Hierarchien und Privilegien zielten, zu „liberal-bürgerlichen Oligarchien“, denen es um die Absicherung, wenn nicht den Ausbau des eigenen Wohlstands und der eigenen Macht geht (Romero, 1970). Viertens schließlich bilden (post-)autoritäre Akteure und Strömungen (Powers, 2000) bis heute eine wichtige Quelle der politischen Rechten, wie sich in der Verharmlosung der Militärdiktaturen, impliziten wie expliziten Rekursen auf Anti-Kommunismus und nationale Sicherheitsdoktrinen sowie der Forderung nach autoritär-repressiven Antworten auf Proteste und kriminelle Gewalt zeigt (vgl. Sanahuja & López, 2024).

Die heutige Rechte in der Region spiegelt diese Traditionen und Strömungen (vgl. z.B. Pereira, 2024, S. 16), wenn auch je nach Land in unterschiedlichen Gewichtungen und Konfigurationen. Zugleich verweist die Forschung aber auch auf wichtige Transformationen, die der Rechten in Lateinamerika ein zumindest teilweise neues Gesicht verleihen: Die komplexe Identität der „neuen Rechten“ in der Region, so Barry Cannon und Patricia Rangel, zeigt sich darin, „dass die Elemente, die früher dominant waren – die katholische Kirche, die Streitkräfte, das lokale Kapital – heute mit aufsteigenden Akteuren wie Think Tanks, evangelikalen Kirchen, neuen sozialen Netzwerken und einer Vielfalt an Bewegungen konkurrieren, zu deren Entstehung sie beigetragen haben“ (Cannon & Rangel, 2020b, S. 13; vgl. auch Escoffier et al., 2023, S. 2).

4. Überlegungen zur Agenda der politischen Rechten und den Ursachen ihres Aufschwungs

4.1 Agenda: Diskurselemente der politischen Rechten

Um den gegenwärtigen Aufstieg der politischen Rechten in Lateinamerika zu verstehen, ist es zunächst hilfreich, einen Blick auf die Agenda rechter Kräfte zu werfen. Aus regionaler Vogelperspektive lassen sich dabei vier zentrale Diskurselemente identifizieren, die sich allerdings von Land zu

Land und politischer Konjunktur zu politischer Konjunktur je kontextspezifisch artikulieren: Wirtschaft, soziale Werte, Sicherheit und Demokratie.

Mit Blick auf wirtschaftspolitische Fragen ist die Mobilisierungskraft eines dezidiert rechten – hier: wirtschaftsliberalen, marktorientierten – Diskurses unter den Bedingungen Lateinamerikas strukturell begrenzt, dient er doch in aller Regel allzu offensichtlich den Interessen kleiner, überaus privilegierter Minderheiten (siehe 2.1). In Reaktion auf linke Regierungen, die Länder in die wirtschaftliche Krise geführt haben und/oder durch Korruptionsskandale diskreditiert wurden, kann ein liberales bis libertäres Gegenprojekt, das sich gegen Staatszentrismus und Umverteilungspolitik wendet, aber durchaus erfolgreich sein. Hierfür steht am klarsten das Beispiel Mileis in Argentinien (siehe hierzu den Beitrag von Facundo Martín im vorliegenden Band). Hinzu kommt – in Argentinien wie quer durch die Region – eine andauernde Hinterlassenschaft der neoliberalen Phase: Offenbar gerade auch in jüngeren Generationen findet eine individualistische Selbst-Unternehmertum-Ideologie Anklang, derzufolge jeder (eher als jede) seines (eher als ihres) eigenen Glückes Schmied ist und der Staat dabei eher hindert als nützt. Als mehrheitsfähiges Projekt taugt eine solche wirtschaftsliberale Agenda jedoch in aller Regel nicht. So sind es andere Themen, die die gegenwärtig erfolgreichen rechten Kräfte verbinden (Rovira Kaltwasser, 2024, S. 10).

Strukturell ein sehr viel einfacheres diskursives Terrain für die Rechte bildet der Bereich der sozialen Werte: Bei allem Wertewandel und all den wichtigen Erfolgen progressiver sozialer Bewegungen – von Frauen- bzw. feministischen Bewegungen bis zu indigenen Bewegungen – sind die meisten lateinamerikanischen Gesellschaften nach wie vor von starken konservativen Werteorientierungen geprägt (vgl. z.B. Wiesehomeier & Doyle, 2014, S. 56). Quer durch die Region nutzen rechte Kräfte gegenwärtig gesellschaftliche Beharrungskräfte und Ängste vor Statusverlust im Sinne eines konservativen Backlash. Entsprechend bildet die rechte Mobilisierung gegen Rechte (von Frauen, sexuelle und ethnische Minderheiten) das vielleicht wichtigste Element der gegenwärtigen politischen Konjunktur (Payne et al., 2023; siehe auch Borges et al., 2024). Der Aufschwung evangelikaler Kirchen bildet dabei eine zentrale Opportunitäts- und Mobilisierungsstruktur. So wie es in der Geschichte Lateinamerikas insbesondere religiöse Fragen waren, die es konservativen Parteien ermöglichten, eine breite „multiclass constituency“ anzusprechen (Middlebrook, 2000, S. 8), so bildet aktuell die religiös konnotierte Verteidigung konservativer Werte gegen „Gender-Ideologie“ oder Abtreibung ein zentrales, diskursives Ele-

ment rechter Mobilisierungsstrategien (Arguedas-Ramírez, 2024; Mayka & Smith, 2021, S. 4). Konkret ist etwa der Diskurs von Bolsonaro (Brasilien) und José Antonio Kast (Chile) von einem Appell an „konservative religiöse Werte, patriarchale Normen, ethno-nationalistische Identitäten und law-and-order-Forderungen“ geprägt (Sarsfield et al., 2024, S. 16). Auch der klassische Anti-Kommunismus aus der Zeit des Kalten Kriegs wird von Bolsonaro primär soziokulturell – gegen einen vorgeblichen „kulturellen Marxismus“ – gewendet (vgl. Sanahuja & López, 2024, S. 31-32).

Ein weiteres Großthema, das die gegenwärtige Rechte vereinigt, ist ebenfalls ein sehr traditionelles: die Sicherheit. Schon 2014 prognostizierten Nina Wiesehomeier und David Doyle (2014, S. 50), Umfragedaten und das Profil der Wähler:innen rechter Parteien in Lateinamerika legten es nahe, dass Kriminalität und Sicherheit für die elektoralen Aussichten der Rechten in der Region zentrale Bedeutung erlangen dürften:

„Increasing public fear about rising crime presents parties of the right with the opportunity to mobilize heterogeneous electoral coalitions centered on issues of public security and increasing delinquency within society that have the potential to overcome the general left-right cleavage and deflate the traditional distributive campaigns of the left” (Wiesehomeier & Doyle, 2014, S. 50).

In der Tat spielt quer durch die Rechte in der Region ein Sicherheitsdiskurs, der „Law and Order“ betont und gegen organisierte (Drogen-)Kriminalität und kriminelle Gewalt auf militärische Repression (*mano dura*) setzt, eine zentrale Rolle. Am drastischen steht dafür Bukele, dessen autoritäres, auf menschenrechtliche Mindeststandards keinerlei Rücksicht nehmendes Vorgehen gegen die Jugendbanden und ihre (vorgeblichen) Mitglieder in El Salvador auf breite Zustimmung trifft, und als „Bukele-Modell“ rechte Kräfte auch anderswo inspiriert (Meléndez-Sánchez & Vergara, 2024; zu El Salvador siehe kritisch den Beitrag von Hannes Warnecke-Berger in diesem Band).

Neu ist schließlich viertens, dass sich selbst die radikale Rechte in Lateinamerika heutzutage als demokratische Kraft versteht und präsentiert (Rovira Kaltwasser, 2024, S. 11). In Reaktion auf Korruptionsskandale und autoritäre Tendenzen auf Seiten linker Regierungen ist zum einen die Verteidigung der Demokratie mitunter zu einer zentralen diskursiven Strategie rechter Oppositionskräfte geworden, so sehr explizit in Venezuela (González 2020), aber auch in Bolivien (Jáuregui 2024). Zum anderen verbinden rechte Akteure wie Milei oder Bolsonaro einen klassisch populistischen

schen Anti-Establishment-Kurs sowie einen ebenso klassischen Anti-Kommunismus, um unter Berufung auf Volk, Demokratie und Freiheit gegen „das System“, „die Staatselite“ bzw. „die Kaste“ zu mobilisieren (vgl. Cannon & Rangel, 2020b, S. 11; Herrán-Ávila, 2023; Sanahuja & López, 2020, S. 30).

4.2 Ursachen und Hintergründe des Aufstiegs rechter Kräfte

Die so knapp umrissene rechte Agenda in der Region verweist auf ein zentrales Ursachenbündel, das den Aufschwung rechter Kräfte zumindest erklären hilft. So lässt sich dieser als doppelte Folge der politischen Inkorporation traditionell marginalisierter Gruppen verstehen, die Lateinamerika im Zuge der Mobilisierung progressiver Kräfte und deren partieller Institutionalisierung im Rahmen des regionalen „Linksrucks“ erlebt hat (vgl. Payne et al., 2023; Silva & Rossi, 2018).⁸

Zum einen richtet sich rechte Mobilisierung, wie im vorherigen Abschnitt gesehen, in zentraler Weise gegen die vorherige Tendenz der Stärkung von Rechten, Repräsentationschancen und Ressourcen benachteiligter Gruppen (Sarsfield et al., 2024, S. 15-16). Entsprechend sprechen Leigh Payne und Kolleg:innen von einer „Rechten gegen Rechte“ und definieren diese als *„collective extra-institutional and institutional mobilization to check, roll back, or reverse specific rights promoted by previously marginalised groups and communities (i.e. gender and sexuality, ethnic, race, environment, accountability for crimes against humanity) and to restore, promote, or advance a state quo ante of traditional political, social, economic, and cultural rights“* (Escoffier et al., 2023, S. 3; Hervorhebung im Original).

Allerdings wäre es zu einfach, die gegenwärtige Rechte in Lateinamerika als bloßen Backlash gegen allzu erfolgreiche progressive Reformen zu sehen (Escoffier et al., 2023, S. 13-14). Vielmehr lässt sich argumentieren, dass es

8 Weitere Erfolgsfaktoren, die in der Literatur zur „neuen“ lateinamerikanischen Rechten diskutiert werden, sind u.a. ökonomische Krisentendenzen nach dem Ende des *commodity boom*, die Rolle der sogenannten sozialen Medien, das Wachstum evangelikaler Kirchen, die Zunahme von (Drogen-)Kriminalität und krimineller Gewalt sowie transnationale Diffusionsprozesse und Netzwerke (vgl. u.a. Cannon & Rangel, 2020b, S. 9; Herrán-Ávila, 2023; Mayka & Smith, 2021, S. 10-11; Rovira Kaltwasser, 2024). Mit Blick auf die globale Debatte über den Aufschwung der extremen Rechten fasst Steven Forti (2024, S. 22-23) drei zentrale Ursachen zusammen – den Anstieg von Ungleichheiten, einen kulturellen Backlash sowie die tiefe Krise liberaler Demokratien – und ergänzt als vierte Ursache den Wunsch nach Schutz und Sicherheit in einer Welt, die verunsichert (Forti, 2024, S. 22-23).

nicht nur die Erfolge, sondern zugleich auch die Grenzen und Widersprüche eben dieser politischen Inkorporationsprozesse sind, die gerade einer radikalen Rechten zum Aufstieg verholfen haben und verhelfen (vgl. Stefanoni, 2024 sowie den Beitrag von Hans-Jürgen Burchardt in diesem Band). Bei allen Unterschieden von Land zu Land wurde doch in der Summe das doppelte Versprechen einer sozioökonomischen und politisch-institutionellen Inklusion marginalisierter Gruppen bestenfalls graduell und mitunter nur temporär erfüllt, die Inkorporationskrise durch die linken Regierungen entsprechend nicht nachhaltig gelöst (vgl. hierzu u.a. Crabtree et al., 2023, S. 150-184; Ellner, 2020; Silva & Rossi, 2018).

Eine weitere Frage, die ich in diesem Rahmen nur knapp ansprechen kann, bezieht sich darauf, wie sich die Unterschiede in Erfolg und Radikalität der lateinamerikanischen Rechten erklären lassen. Hierzu hatte James Bowen frühzeitig die These aufgestellt, dass Stabilität und Mäßigung Stabilität und Mäßigung hervorbringen dürften („stability and moderation beget stability and moderation“; Bowen, 2011, S. 115-116). Diese Prognose scheint allerdings bisher nicht aufzugehen. Bemerkenswerterweise ist die radikale Rechte gerade in denjenigen Ländern besonders stark, die – wie Argentinien, Brasilien, Chile und El Salvador – eher moderate, institutionalistische Linksregierungen hatten. Der Bowen'schen These lässt sich insofern die Gegenthese entgegenstellen, dass es die institutionelle Kontinuität und ein entsprechend allzu begrenzter Wandel unter linken Regierungen ist, der in Folge gesellschaftliche Unterstützung für disruptive Projekte von rechts ermöglicht (vgl. Herrán-Ávila, 2023; Stefanoni, 2024).

5. Schlussfolgerungen

Die in diesem Beitrag skizzierten, gegenwärtigen Dynamiken weisen grundsätzlich darauf hin, dass der aktuelle Aufschwung der politischen Rechten in Lateinamerika die demokratischen Systeme einerseits stabilisieren mag, die Demokratie andererseits aber auch bedroht. Dies bestätigt insofern grundsätzlich den Eingangs skizzierten, ambivalenten Zusammenhang, aber in historisch spezifischer Gestalt.

So reduziert die gegenwärtige Stärke der politischen Rechten unmittelbare Risiken für die Demokratie. Die institutionelle Integration rechter Kräfte über politische Parteien, Wahlen und die Partizipation in Parlament und Regierung kanalisiert entsprechende Forderungen und Mobilisierungsdy-

namiken und verringert so in klassischer Manier das Risiko einer außer-institutionellen Destabilisierung.⁹ Letztere ist damit allerdings keineswegs ausgeschlossen, allzumal wenn sich (radikale) rechte Kräfte mit institutionellem Machtverlust konfrontiert sehen. Dies haben etwa die Versuche Bolsonaros und seiner Anhänger, die Rückkehr Lulas ins Präsidentschaftsamt in putschförmiger Gestalt zu verhindern, nur allzu deutlich gezeigt.

Gleichwohl scheinen die primären Risiken für die Demokratie, die von rechten Kräften ausgehen, aktuell primär gradueller Natur – im Sinne einer Erosion liberal-demokratischer Institutionen, Rechte und Praktiken. Eine solche graduelle Demokratieerosion, wie die vergleichende Autokratisierungsforschung zeigt, kann im Ergebnis aber durchaus weitreichend sein.¹⁰ Wie nicht zuletzt zahlreiche Beiträge in diesem Band dokumentieren, geht rechte Mobilisierung „von unten“ und vor allem rechte Politik „von oben“ tendenziell mit einem Abbau gruppenspezifischer Rechte einher, im Sinne einer Absicherung bzw. Restitution herkömmlicher Privilegien und Hierarchien zu Lasten historisch diskriminierter Gruppen. Zudem ist ein Anstieg gewaltsamer Repression und eine verschärfte Tendenz zur Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume teils bereits zu beobachten, teils zu befürchten. Institutionelle Reformen, diskursive Strategien und mächtige – nationale wie internationale – Bündnispartner weisen zudem in Richtung einer autoritären Machtkonzentration. Gleichzeitig betreiben gerade radikal auftretende rechte Akteure wie Bolsonaro, Milei oder Bukele ganz bewusst eine Entgrenzung des öffentlichen Diskurses und unterminieren dabei etablierte, grundlegende Normen des demokratischen Konfliktaustrags. Folge ist ein erhöhtes Risiko gewaltsamer Konflikteskalation, insbesondere im Kontext scharfer Polarisierung, in dem auch die Gegenseite Mobilisierungskraft bewahren kann (vgl. Sarsfield et al., 2024, S. 2-3).

All dies sind pauschale Zuschreibungen. Wie gesehen ist die politische Rechte Lateinamerikas ideologisch und organisatorisch vielfältig. Auch ihre Positionierung zur Demokratie ist hochgradig variabel. Die Analyse rechter Politik und ihre Konsequenzen erfordert mithin stets eine Kontextualisierung ihrer historischen, gesellschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen.

9 Diese potenziell positive Wirkung nennen etwa Mayka & Smith mit Blick auf die gegenwärtige „grassroots right“ (2021, S. 5). Vgl. hierzu breiter vergleichend die Beiträge in Luna und Rovira Kaltwasser (2014a).

10 Vgl. exemplarisch PS: Political Science & Politics (2024).

6. Literatur

- Aria, E. & Burt, J. M. (2024). The “New” Extreme Right in Latin America. *LASA Forum*, 54(4), 4–57.
- Arguedas-Ramírez, G. (2024). “Gender Ideology,” Refeudalization, and the Reproductive Reconquista: A (G)local Perspective. *LASA Forum*, 54(4), 24–33.
- Bar-On, T. & Molas, B. (2022). Introduction. In: Bar-On, T. & Molas, B. (Hg.), *The Right and Radical Right in the Americas: Ideological Currents from Interwar Canada to Contemporary Chile* (1-12). Lanham, MD: Lexington. ISBN 978-1-7936-3582-2.
- Bobbio, N. (1998). *Rechts und links: Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*. Berlin: Klaus Wagenbach. ISBN 978-3-8031-2311-4
- Bohoslavsky, E., Broquetas, M. (Hg.) (2024). Latin America’s Far Right Reborn. *NACLA Report on the Americas*, 56(1). <https://doi.org/10.1080/10714839.2024.2323393>.
- Borges, A., Lloyd, R., & Vommaro, G. (Hg.). (2024). *The recasting of the Latin American right: Polarization and conservative reactions*. Cambridge University Press. ISBN 978-1-009-42744-9.
- Bowen, J. D. (2011). The right in “New left” Latin America. *Journal Of Politics in Latin America*, 3(1), 99–124. <https://doi.org/10.1177/1866802x1100300104>.
- Burchardt, H.-J. (2010). The Latin American paradox: Convergence of political participation and social exclusion. *Internationale Politik und Gesellschaft*, 3, 40–51.
- Cameron, M. A. & Hershberg, E. (2010). *Latin America’s left turns: Politics, Policies, and Trajectories of Change*. Boulder, CO: Lynne Rienner. <http://dx.doi.org/10.1017/S1537592711002301>.
- Cannon, B. (2016). *The right in Latin America: Elite power, hegemony and the struggle for the state*. New York: Routledge. <http://dx.doi.org/10.1017/S0022216X18000214>.
- Cannon, B. & Rangel, P. (Hg.) (2020a). *Resurgimiento de la derecha en América Latina: nuevas coaliciones y agendas*. Revista CIDOB d’Afers Internacionals 126. <https://doi.org/10.24241/rcai.2020.126.3>.
- Cannon, B. & Rangel, P. (2020b). Introducción: resurgimiento de la derecha en América Latina. *Revista CIDOB d’Afers Internacionals* 126, 7–15. <http://dx.doi.org/10.24241/rcai.2020.126.3.7>
- Castañeda, J. (2006). Latin America’s left turn. *Foreign Affairs*, 85(3), 28–43. <http://dx.doi.org/10.2307/20031965>.
- Coppedge, M. (1997). A classification of Latin American political parties. Kellogg Institut, Working Paper 244.
- Crabtree, J., Durand, F., & Wolff, J. (Hg.) (2023). *Business power and the state in the Central Andes: Bolivia, Ecuador, and Peru in comparison*. Pittsburgh, PA: University of Pittsburgh Press. <http://dx.doi.org/10.2307/jj.6380596>.
- Crenshaw, K. (1989). Demarginalizing the intersection of race and sex: A Black feminist critique of antidiscrimination doctrine, feminist theory and antiracist politics. *University of Chicago Legal Forum*, 1989(1), 139-167. <http://dx.doi.org/10.5771/9783748948049-335>.

- Dominguez, F., Lievesley, G., & Ludlam, S. (Hg.). (2011). *Right-wing politics in the new Latin America: Reaction and revolt*. London: Zed. <http://dx.doi.org/10.1111/blar.12234>.
- Ellner, S. (Hg.). (2020). *Latin America's pink tide: Breakthroughs and shortcoming*. Lanham, MD: Rowman & Littlefield. ISBN: 9781538125625.
- Escoffier, S., Payne, L. A., & Zulver, J. (2023). Introduction: The Right against Rights in Latin America. In L. A. Payne, J. Zulver, & S. Escoffier (Hg.), *The right against rights in Latin America* (S. 1–28). Oxford: Oxford University Press. <http://dx.doi.org/10.5871/bacad/9780197267394.001.0001>.
- Forti, S. (2024). Extreme rights 2.0, a big global family. *NACLA Report on the Americas*, 56(1), 20–27. <https://doi.org/10.1080/10714839.2024.2323400>.
- Gibson, E. (1996). *Class and conservative parties: Argentina in comparative perspective*. Baltimore: Johns Hopkins University. <https://doi.org/10.2307/2952135>.
- Giménez, M. J. (2024). Hunting Dracula, hatching monsters: Transnational networks of liberal-conservative think tanks have helped propel the rise of the far right. The Fundación Internacional para la Libertad is at the forefront. *NACLA Report on the Americas*, 56(1), 85–91. <http://dx.doi.org/10.1080/10714839.2024.2323405>.
- González, Y. (2020). La democracia como estrategia política de la derecha venezolana. *Revista CIDOB d'Afers Internacionals*, 126, 163–184. doi.org/10.24241/rcai.2020.126.3.163.
- Herrán-Ávila, L. (2023). The reinvention of the Latin American right. *NACLA Report on the Americas*, 55(1), 25–31. <https://doi.org/10.1080/10714839.2023.2184072>.
- Jáuregui J., L. (2024). „El racismo proviene de usted“: El resurgimiento de la derecha radical boliviana en la crisis de 2019. *Sociología y Política HOY*, 10, 208–225.
- Jost, J. T., Glaser, J., Kruglanski, A. W., & Sulloway, F. J. (2003). Political conservatism as motivated social cognition. *Psychological Bulletin*, 129(3), 339–375. <https://psycnet.apa.org/doi/10.1037/0033-2909.129.3.339>.
- Lievesley, G., & Ludlam, S. (2011). Introduction: Reaction and revolt. In F. Dominguez, G. Lievesley, & S. Ludlam (Hg.), *Right-wing politics in the new Latin America: Reaction and revolt* (S. 1–9). London: Zed. <http://dx.doi.org/10.1111/blar.12234>.
- Luna, J. P., & Rovira Kaltwasser, C. (Hg.). (2014a). *The resilience of the Latin American right*. Baltimore: Johns Hopkins University. <http://dx.doi.org/10.1353/book.72105>.
- Luna, J. P., & Rovira Kaltwasser, C. (2014b). The right in contemporary Latin America: A framework for analysis. In J. P. Luna & C. Rovira Kaltwasser (Hg.), *The resilience of the Latin American right* (S. 1–22). Baltimore: Johns Hopkins University. <http://dx.doi.org/10.1353/book.72105>.
- Mayka, L., & Smith, A. E. (2021). Introduction: The grassroots right in Latin America: Patterns, causes, and consequences. *Latin American Politics and Society*, 63(Special Issue 3), 1–20. <http://dx.doi.org/10.1017/lap.2021.20>.
- Meléndez-Sánchez, M., & Vergara, A. (2024). The Bukele model: Will it spread? *Journal of Democracy*, 35(3), 84–98. <https://doi.org/10.1353/jod.2024.a930429>.

- Middlebrook, K. J. (2000). Introduction: Conservative parties, elite representation, and democracy in Latin America. In K. J. Middlebrook (Hg.), *Conservative parties, the right, and democracy in Latin America* (S. 1–51). Baltimore: Johns Hopkins University. <http://dx.doi.org/10.1017/S0003055402760243>.
- Moncagatta, P., & Silva, P. (2024). Recent trends in mass-level ideological polarization in Latin America. *Latin American Politics and Society*, 66(Special Issue 2), 24–46. <https://doi.org/10.1017/lap.2024.13>
- Nueva Sociedad (2024). ¿Hay que temerle a la extrema derecha? *Nueva Sociedad*, 312. <https://nuso.org/revista/312/hay-que-temerle-a-la-extrema-derecha> (letzter Zugriff am 18.07.2025).
- O'Donnell, G., & Schmitter, P. C. (1986). *Transitions from authoritarian rule: Tentative conclusions about uncertain democracies*. Baltimore: Johns Hopkins University Press. <https://doi.org/10.56021/9781421410135>.
- Payne, L. A. (2000). *Uncivil movements: The armed right wing and democracy in Latin America*. Baltimore: Johns Hopkins University Press. <http://dx.doi.org/10.2307/3089271>.
- Payne, L. A., Zulver, J., & Escoffier, S. (Hg.). (2023). *The right against rights in Latin America*. Oxford: Oxford University Press. <http://dx.doi.org/10.5871/bacad/9780197267394.001.0001>.
- Pereira, A. W. (2024). Understanding right-wing populism (or the extreme right). *LASA Forum*, 54(4), 16–23.
- Powers, T. (2000). *The political right in postauthoritarian Brazil: Elites, institutions, and democratization*. University Park: Pennsylvania University Press. ISBN: 978-0-271-02010-5.
- PS: Political Science & Politics (2024). Special section “Democratic backsliding”. *PS: Political Science & Politics*, 57(2), 149–228.
- Roberts, K. M. (2014). Democracy, free markets, and the rightist dilemma in Latin America. In J. P. Luna & C. Rovira Kaltwasser (Hg.), *The resilience of the Latin American right* (S. 25–47). Baltimore: Johns Hopkins University. <https://doi.org/10.1353/book.72105>.
- Romero, J. L. (1970). *El pensamiento político de la derecha latinoamericana*. Buenos Aires: Paidós.
- Rovira Kaltwasser, C. (2024). El ascenso de la ultraderecha en América Latina. *LASA Forum*, 54(4), 9–15.
- Rueschemeyer, D., Huber Stephens, E., & Stephens, J. D. (1992). *Capitalist development and democracy*. Chicago: University of Chicago Press. <http://dx.doi.org/10.2307/2074523>.
- Sanahuja, J. A., & López Burian, C. (2024). Latin America's neopatriots. *NACLA Report on the Americas*, 56(1), 28–34. <http://dx.doi.org/10.1080/10714839.2024.2323397>.
- Sarsfield, R., Moncagatta, P., & Roberts, K. M. (2024). Introduction: The new polarization in Latin America. *Latin American Politics and Society*, 66(Special Issue 2), 1–23. <http://dx.doi.org/10.1017/lap.2024.15>.

- Silva, E., & Rossi, F. M. (Hg.). (2018). *Reshaping the political arena in Latin America: From resisting neoliberalism to the second incorporation*. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press. <http://dx.doi.org/10.1111/blar.13076>.
- Sociología y Política HOY (Hg.). (2024). *Los avances de las derechas en Latinoamérica y el Ecuador*. In *Sociología y Política HOY*, 10. <https://revistadigital.uce.edu.ec/index.php/hoy/issue/view/761> (letzter Zugriff am 18.07.2025).
- Stefanoni, Pablo (2024). América Latina: ¿un momento destituyente? In *Nueva Sociedad*, 311, 4–16.
- Weyland, K., Madrid, R. L., & Hunter, W. (Hg.). (2010). *Leftist governments in Latin America: Successes and shortcomings*. Cambridge: Cambridge University Press. <http://dx.doi.org/10.1017/CBO9780511778742>.
- Wiesehomeier, N., & Doyle, D. (2014). Profiling the electorate. Ideology and attitudes of rightwing voters. In J. P. Luna & C. Rovira Kaltwasser (Hg.), *The resilience of the Latin American right* (S. 48–72). Baltimore: Johns Hopkins University. <http://dx.doi.org/10.1353/book.72105>.
- Wolff, J. (2008). *Turbulente Stabilität. Die Demokratie in Südamerika diesseits ferner Ideale*. Baden-Baden: Nomos. ISBN 978-3-8329-3388-3.

